

Beschluss Nr. 280/2021
Schwyz, 27. April 2021 / ju

Interpellation I 2/21: Gewerbeverband und China
Beantwortung

1. Wortlaut der Interpellation

Am 7. Januar 2021 haben die Kantonsräte Remo Di Clemente und Paul Schnüriger folgende Interpellation eingereicht:

«Gemäss der NZZ am Sonntag, vom 20. Dez, ist der Schweizerische Gewerbeverband sehr eng mit China vernetzt. «China ist zweitgrösster Handelspartner der Schweizerischen Eidgenossenschaft und wird als strategischer Partner behandelt.» China nimmt in Europa eine immer wichtigere Position ein, vor allem auf der Strecke der Seidenstrasse, wo China in mehreren Ländern mit grösseren finanziellen Hilfen Abhängigkeiten schaffen, oder sogar Übernahmen tätigen konnte. Es ist bekannt, dass der Chinesische Staat solche Hilfen oder Übernahmen unterstützt mit dem Ziel, wichtige westliche Wirtschaftszentren zu übernehmen, zu kopieren oder zu beherrschen. Es wird befürchtet, «dass die kommunistische Partei wichtige Entscheidungsträger in der Schweiz für sich vereinnahmen und sie zu Propagandazwecken einspannen will. Die Entscheidungsträger sollen dann Ideologie und Aktivitäten des offiziellen Chinas verteidigen – oder diese zumindest nicht grundsätzlich kritisieren.»

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wo hat der Kanton Schwyz Berührungspunkte und Einfluss auf die Zusammenarbeit mit chinesischen Firmen, allenfalls auch mit dem chinesischen Konsulat und/oder der chinesischen Botschaft?*
- 2. Wo sieht die Regierung die Chancen und Gefahren bei chinesischen Beteiligungen an Schweizer Firmen?*
- 3. Sieht die Regierung Handlungsbedarf bei der Sensibilisierung von Schwyzer Unternehmen im Umgang mit Knowhow-Transfer und Übernahmen?*

4. *Ist die Wirtschaftsförderung sensibilisiert, wenn Anfragen aus kommunistischen Ländern eingehen?*
5. *Ist die Regierung im Kontakt mit dem Bund bezüglich zukünftiger Koordination der Zusammenarbeit Schweiz-China?*
6. *Wo besteht die Gefahr, dass die Exponenten der Wirtschaft und der Politik zu Propagandazwecken für Chinas Agenda missbraucht werden?*

Für die Beantwortung dieser Fragen danke ich dem Regierungsrat bestens.»

2. Antwort des Regierungsrates

2.1 Einleitende Bemerkungen

Die Wirtschaft ist heute global vernetzt. China ist nach der EU und den USA der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz und zählt zu den Schwerpunktländern ihrer Aussenpolitik. Folglich gibt es diverse Berührungspunkte zwischen Firmen im Kanton Schwyz und der Volksrepublik China, der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt. So liefern diverse Schwyzer Firmen Güter nach China oder beziehen Waren in China. Immer mehr Firmen mit Sitz im Kanton Schwyz haben auch Niederlassungen in China, um am chinesischen Markt zu partizipieren.

Auch wenn die chinesischen Direktinvestitionen in der Schweiz in den vergangenen Jahren stetig zugenommen haben, ist relativierend anzufügen, dass Schweizer Firmen deutlich mehr in China investiert haben als umgekehrt. China weist 2019 in der Schweiz einen Kapitalbestand von 14.9 Mrd. Franken aus. Dies entspricht 1.1 % der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz. Der Kapitalbestand der Schweizer Direktinvestitionen in China belief sich per Ende 2019 auf rund 22.5 Mrd. Franken.

2.2 Beantwortung der Fragen

2.2.1 Wo hat der Kanton Schwyz Berührungspunkte und Einfluss auf die Zusammenarbeit mit chinesischen Firmen, allenfalls auch mit dem chinesischen Konsulat und/oder der chinesischen Botschaft?

Der Kanton Schwyz nimmt keinen Einfluss auf die Zusammenarbeit mit chinesischen Firmen. Die Firmen im Kanton Schwyz entscheiden nach betriebswirtschaftlichen Kriterien selber, in welchen Märkten sie aktiv sein wollen.

Da China in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus von Schwyzer Firmen gelangt, hat das Volkswirtschaftsdepartement im Jahr 2018 eine Sensibilisierungsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Swiss-Chinese Chamber of Commerce durchgeführt. Bei dieser Veranstaltung wurden den Teilnehmern die Chancen und Risiken im Zusammenhang mit China aufgezeigt. Diverse Schwyzer Unternehmer, die bereits in China aktiv sind, haben an der Veranstaltung über ihre Erfahrungen berichtet. Das Interesse an der Veranstaltung war mit 70 teilnehmenden Firmen gross.

2.2.2 Wo sieht die Regierung die Chancen und Gefahren bei chinesischen Beteiligungen an Schwyzer Firmen?

Aktuell zeigt sich, dass diverse Firmen aus dem Kanton Schwyz im chinesischen Markt aktiv Geschäfte tätigen und auch bereits eigene Niederlassungen in China betreiben. Beteiligungen von chinesischen Unternehmen an Schwyzer Firmen waren bisher kaum ein Thema. Es ist aber zu erwarten, dass solche Beteiligungen in der global vernetzten Wirtschaft vereinzelt folgen werden. Eine grosse Gefahr sieht der Regierungsrat diesbezüglich aber nicht.

2.2.3 Sieht die Regierung Handlungsbedarf bei der Sensibilisierung von Schwyzer Unternehmen im Umgang mit Knowhow-Transfer und Übernahmen?

Das Amt für Wirtschaft ist mit den Schwyzer Unternehmen in einem regelmässigen Austausch. Dabei zeigt sich, dass sich die Schwyzer Unternehmen gut über Opportunitäten informieren und sich entsprechendes Wissen aufbauen. Wie in 2.2.1 erwähnt, hat das Volkswirtschaftsdepartement im Jahr 2018 eine Sensibilisierungsveranstaltung durchgeführt. Es ist denkbar, eine weitere Veranstaltung durchzuführen. Diesbezüglich steht das Amt für Wirtschaft in engem Austausch mit den Firmen im Kanton und kann, falls ein Bedürfnis vorhanden ist, rasch reagieren.

2.2.4 Ist die Wirtschaftsförderung sensibilisiert, wenn Anfragen aus kommunistischen Ländern eingehen?

In diesem Zusammenhang ist es gut zu wissen, dass die Kantone im Bereich des Aussenhandels keine eigene Wirtschaftspolitik betreiben. Hierfür liegt die Zuständigkeit beim Bund. Erst kürzlich hat der Bundesrat seine China-Strategie 2021–2024 verabschiedet (<https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/65771.pdf>).

In seiner umfassenden Strategie stellt der Bundesrat ungeschönt die Zunahme autoritärer Tendenzen des Einparteienstaats fest. Gleichzeitig postuliert der Bundesrat eine eigenständige Politik der Zusammenarbeit in allen Bereichen gemeinsamen Interesses. Statt Entkoppelung soll die multinationale Zusammenarbeit gefördert werden. Eine Dialogverweigerung würde nichts bringen, aber viele Chancen vertun. Gleichzeitig soll die Schweiz ihre Grundwerte unerschrocken vertreten, denn im zunehmenden Wohlstand interessieren sich immer breitere Bevölkerungskreise für «westliche» Grundrechte.

Zu einem echten Wettbewerb muss aber auch gehören, dass chinesische Firmen und Organisationen unsere Werte respektieren. Die schweizerische Offenheit gerade gegenüber ausländischen Firmen hat sich bewährt. Gleichzeitig gilt es, den reziproken Marktzugang auch vom «Reich der Mitte» einzufordern. Aber abgesehen von sehr eng definierter strategischer Infrastruktur sollten Kauf- und Verkaufsentscheide primär der Wirtschaft überlassen und nicht verpolitisiert werden. Im März 2020 hat das Parlament den Bundesrat mit der Annahme der Motion Rieder (M 18.3021) beauftragt, die gesetzliche Grundlagen für eine Investitionskontrolle zu schaffen, nicht zuletzt im Hinblick auf chinesische Investitionen. Der Bundesrat ist daran, dieses Mandat umzusetzen. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist in der zweiten Jahreshälfte 2021 vorgesehen.

Die Wirtschaftsförderung ist, was dieses Thema betrifft, mit ansässigen Firmen, anderen Kantonen und dem Bund in engem Kontakt. Sie ist entsprechend sensibilisiert. Anfragen aus kommunistischen Ländern treffen derzeit praktisch keine ein. Letztlich sind es aber die Firmen selbst, die entscheiden, in welchen Märkten sie wie tätig sein wollen und mit wem sie eine Zusammenarbeit pflegen. Das Prinzip der offenen Märkte hat sich grundsätzlich bewährt und soll nicht durch eine weitgehende staatliche Investitionskontrolle relativiert werden.

2.2.5 Ist die Regierung im Kontakt mit dem Bund bezüglich zukünftiger Koordination der Zusammenarbeit Schweiz-China?

Heute unterhalten Bund, gewisse Kantone und Städte, Hochschulen, private Unternehmen, Verbände und Think Tanks teils intensive Beziehungen zu Partnern in China. Dazu zählt auch die Greater Zurich Area (GZA), welche für den Metropolitanraum Zürich Standortpromotion in China betreibt, sowie die Swiss-Chinese Chamber of Commerce, welche ein Bindeglied sowie eine Austauschplattform der beiden Wirtschaftsräume darstellt. In der neuen China-Strategie des Bundes beabsichtigt der Bundesrat, die Vernetzung der verschiedenen Akteure in seiner China-Politik in einem «Whole of Switzerland»-Ansatz zu stärken. Mit den Kantonen findet diesbezüglich bereits ein regelmässiger Austausch statt. Dieser soll fortgeführt und intensiviert werden.

2.2.6 Wo besteht die Gefahr, dass die Exponenten der Wirtschaft und der Politik zu Propagandazwecken für Chinas Agenda missbraucht werden?

Aktuell sieht der Regierungsrat diesbezüglich keine Gefahr.

Beschluss des Regierungsrates

1. Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements wird beauftragt, die Antwort im Kantonsrat zu vertreten.
2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrats.
3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Volkswirtschaftsdepartement; Amt für Wirtschaft.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

